

Pressemitteilung

Hebammenversorgung in Frankfurt stärken - Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen feiert die Förderung des Geburtshauses

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen der SPD Frankfurt hat die medizinischen Einrichtungen und Organisationen in Frankfurt zum Neujahrsempfang eingeladen. Gefeiert wurde die finanzielle Förderung des Geburtshauses Frankfurt, die die SPD in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt hat und welche nun durch die Römerfraktion in der Koalition umgesetzt wurde.

Diese Förderung ist ein Novum, denn das Geburtshaus hat bisher nie städtische Gelder erhalten. Es ist das einzige Geburtshaus in Frankfurt und so für Frauen eine der wenigen Möglichkeiten außerklinische Geburten durchzuführen. „Die Hebammenversorgung in Frankfurt ist nicht immer ausreichend, viele Frauen finden niemanden für eine Geburtsvorbereitung und -nachsorge. Wir müssen dafür sorgen, dass Neugeborene und ihre Eltern eine gute Versorgung in Frankfurt erhalten und so eine gute Basis für einen gesunden Lebensstart legen“, so der Anspruch der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Römerfraktion, Almuth Meyer.

„Dafür müssen sich auch Hebammen das Leben in Frankfurt leisten können“, sagte Oberbürgermeisterkandidat Mike Josef in seiner Begrüßungsrede. Und: „Wir müssen städtische Flächen für gemeinnützige Einrichtungen erhalten, auch zur guten Gesundheitsversorgung - denn die Menschen ziehen auch aufgrund der medizinischen Infrastruktur und Gesundheitsversorgung in die Stadt.“

„Wir müssen sicherstellen, dass Frauen in der Geburt eine 1-zu-1-Versorgung bekommen - das wird aktuell nicht mehr gewährleistet.“, macht auch Ärztin und Landtagskandidatin Stefanie Minkley deutlich. „Dem Land Hessen ist der Mangel an Hebammenversorgung durchaus bewusst, die Regierungskoalition hat jedoch bisher nicht ausreichend darauf reagiert. Wir sind froh, dass wir in Frankfurt zumindest einen kleinen Beitrag für eine bessere Frauengesundheit und sichere Geburt leisten konnten.“ Minkley will nach der Landtagswahl am 8.10. in Hessen auch auf Landesebene für eine bessere Hebammenversorgung sorgen.